

1. Einleitung

„Wir haben gelernt mit dem Krieg zu leben, dieser Frieden macht uns Angst.“
(A.R., Bäuer_innen-Aktivist, 05.05.2017, Frankfurt a.M.¹)

Dass er ausgerechnet auf dem Weg zu dieser Unterschrift stolperte, erscheint im Nachhinein wie eine schicksalshafte Vorsehung zukünftiger Geschehnisse. Er hatte in seinem Leben einige Kommunikués, Briefe und Befehle unterschrieben und ist dazu mit Sicherheit das ein oder andere Mal an einen Schreibtisch getreten – vermutlich meistens, ohne zu stolpern. Doch als Rodrigo Londoño Echeverri, der Kommandant der Guerilla FARC, am 26. September 2016 in Cartagena von seinem Stuhl aufstand und an den Tisch trat, auf dem der Friedensvertrag zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC lag, den er unterschreiben sollte, verlor er kurz das Gleichgewicht. Denn zwischen seinem Stuhl und dem Tisch mit dem Friedensvertrag gab es einen Absatz, dessen Fallhöhe Londoño offensichtlich unterschätzt hatte. Er geriet ins Wanken – ein geradezu prophetisches Bild angesichts der vielfältigen Herausforderungen und Angriffe, die der kolumbianische Friedensprozess seit diesem Tag erlebt. Bis dahin vollzog sich die Inszenierung dieses Staatsaktes reibungslos. Die umfangreiche nationale und internationale Entourage, die die vierjährigen Verhandlungen begleitet hatte, war gekommen: Nicht nur die beiden Verhandlungsdelegationen, sondern auch Vertreter_innen der Gast- und Garantieländer (Kuba, Norwegen, Venezuela, Chile), die Präsident_innen zwölf weiterer lateinamerikanischer Staaten, der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der ehemalige König Spaniens wohnten der Zeremonie in der wichtigsten Handelsstadt der ehemaligen spanischen Kolonie bei. Eine illustre Runde – ganz in weiß gekleidet. Internationale Medien² berichteten teilweise live von diesem als ‚historisch‘ bezeichneten Ereignis und boten den staatlichen Institutionen Kolumbiens und der Guerilla FARC so die Gelegenheit, nicht nur wie gewöhnlich sich selbst,

-
- 1 Mit diesen Satz begann A.R. am 5. Mai 2017 seinen Vortrag während eines ‚Internationalen Kolumbien Symposiums‘ in Frankfurt, organisiert von der Friedrich Ebert Stiftung und der Goethe Universität Frankfurt.
 - 2 Der peruanische Fernsehsender ‚TV Peru Noticias‘ hat seine Live-Aufzeichnung der ersten Vertragsunterschrift dauerhaft online zur Verfügung gestellt. Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=u8eOcntXCx4&t=3444s>, letzter Zugriff: 17.08.2019.

sondern gleich der ganzen Welt ihren Friedenswillen und ihre Rechtschaffenheit zu präsentieren. Als Tribut an das gemeinsame Vaterland sangen die ehemaligen Konfliktgegner_innen einhellig die Nationalhymne, sie gedachten in einer Schweigeminute den ‚abwesenden‘ Kolumbianer_innen und das musikalische Begleitprogramm demonstrierte performativ das dominante Verständnis der in der kolumbianischen Verfassung verbrieften Multikulturalität des Landes, in dem afrokolumbianische Frauen vor den wie gewöhnlich durchweg weißen und überwiegend männlichen Protagonisten dieses Staatsaktes über die Leiden des Krieges sangen. Nach ihrer Vertragsunterschrift hielten der FARC-Kommandant Rodrigo Londoño Echeverri und der Präsident Kolumbiens Juan Manuel Santos sowie der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Reden, bis die Sonne unterging. Sicherlich hätte die abschließende Intonierung der ‚Ode an die Freude‘ die bleibende Erinnerung an dieses die Friedensverhandlungen krönende Ereignis sein können, wäre es nicht zu einem weiteren kuriosen Zwischenfall gekommen. Gerade als Londoño seine Rede mit einem metaphorischen Verweis auf die in García Marquez‘ ‚Hundert Jahre Einsamkeit‘ (1980) beschriebene unerfüllte Liebe zwischen Mauricio Babilonia und Meme – die sich laut der Pointe Londoños durch diesen Vertrag nun erfüllen könnte – beenden wollte, übertönte das bedrohliche Rauschen eines den Rednerpult im Tiefflug überfliegenden Kampffjets seine Worte. Londoños erstarrtes Gesicht und sein ängstlicher Blick in den Abendhimmel von Cartagena ließen seine bisherigen Begegnungen mit diesem Kriegsgerät nur errahnen. Das Kampfflugzeug erschien wie eine Drohung und nicht wenige Kolumbianer_innen scherzten, in seinem Cockpit habe sicher der ehemalige rechts-konservative Präsident und vehemente Gegner des Friedensprozesses Álvaro Uribe Vélez gesessen.

Was diese Zwischenfälle während dieser ersten Vertragsunterschrift aus der Retrospektive wie eine Vorsehung erscheinen lässt, sind eine Reihe von Ereignissen, die nur sechs Tage danach begannen: Am 2. Oktober 2016 wurde dieser gerade geschlossene Frieden von der Mehrheit der Kolumbianer_innen in einer Volksabstimmung abgelehnt, mit der dieser eigentlich legitimiert werden sollte. Diese paradoxe Entscheidung zog eine zweimonatige Überarbeitung des Vertragstextes nach sich, die in einer neuen, wesentlich weniger ambitionierten Version des Vertrages mündete, da auf die Interessen konservativer Politiker_innen und expliziten Friedensgegner_innen Rücksicht genommen werden musste. Gleichzeitig gab dieses retardierende Moment im Handlungsverlauf des kolumbianischen Friedensdramas den staatlichen Institutionen und der FARC erneut die Gelegenheit für eine weitere performative Inszenierung ihrer Vorstellungen von sich selbst. Dass die lateinamerikanischen Staatsoberhäupter_innen, der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der ehemalige König Spaniens auf ihre Teilnahme an der zweiten Vertragsunterschrift am 26. November 2016 verzichteten, machte diesen Akt im ‚Theater Kolumbus‘ – im kolonialen Herzen Bogotá – nicht weniger staatstragend. Wieder schauten die, weiterhin ausschließlich weißen und überwiegend männlichen, Verhandlungsdelegationen und ehemaligen Konfliktparteien mit ernster Miene von der Bühne herunter und lauschten in anmutiger Eintracht der Nationalhymne. Wieder war es eine afrokolumbianische Folkloregruppe, die als Begleitprogramm sang und tanzte. Wieder berichtete die internationale Presse. Niemand stolperte. Santos und Londoño unterschrieben den neuen Vertrag mit der Souveränität derer, die die Dinge nicht zum ersten Mal machten, gaben sich geübt die Hände und redeten genauso pa-

thetisch wie zwei Monate zuvor.³ Der Entscheidungskompetenz des kolumbianischen Volkes nun misstrauend, legitimierten am 30. November 2016 ihre mehr oder weniger demokratisch gewählten Vertreter_innen im kolumbianischen Kongress⁴ den neuen Friedensvertrag, mit dessen Verabschiedung nicht weniger beansprucht wurde, als den über ein halbes Jahrhundert anhaltenden bewaffneten Konflikt in Kolumbien beendet zu haben.

Die internationale Staatengemeinschaft und Presse zeigten sich Ende des Jahres 2016 trotz dieser vielfältigen Zwischenfälle, Rückschläge und Änderungen überwiegend optimistisch angesichts der politischen Entwicklungen in Kolumbien (Siehe bspw. *El Pais* 2016; *The Guardian* 2016; *The New York Times* 2016). Die US-Regierung sprach von ‚einem historischen Tag für die Menschen Kolumbiens‘ (Vgl. *The White House* 2016), während die Bundesregierung in dem Friedensabkommen gleich ein ‚Zeichen der Hoffnung‘ und ‚Grund zur Freude für die ganze Welt‘ sah (Vgl. *Auswärtige Amt* 2016a; 2016b). Die Verleihung des Friedensnobelpreises 2016 an Juan Manuel Santos als Anerkennung seiner Friedensbemühungen durch das norwegische Nobelpreiskomitee und noch bevor der abgelehnte Vertrag überhaupt nachverhandelt war, war der Anfang einer ganzen Reihe internationaler Würdigungen. Während Santos im Frühjahr 2017 in verschiedenen Teilen der Welt Ehrendoktorwürden, wie bspw. der Sorbonne in Paris (Vgl. *El Tiempo* 2017a) sowie einige Preise entgegennahm, wie bspw. den ‚Global State Manships Award 2017‘ des Weltwirtschaftsforums in Davos oder die ‚Kew International Medal 2017‘ für den Schutz der Biodiversität in London (Vgl. *El Espectador* 2017a; *El Tiempo* 2017b), erlebten viele kleinbäuerliche, indigene und afrokolumbianische Gemeinden und ihre Bewohner_innen in den Konfliktregionen Kolumbiens Entwicklungen, die einen sozialen Aktivist*innen im Mai 2017 zu dem eingangs zitierten Ausspruch bewegten: ‚Wir haben gelernt mit dem Krieg zu leben, dieser Frieden macht uns Angst‘. Zwar ist die grundlegende Einigung zwischen einer kolumbianischen Regierung und der FARC, die Demobilisierung von ca. 7.000 ihrer Kämpfer_innen, die Verwandlung der FARC in eine politische Partei sowie die formal ausgehandelte Übergangsjustiz mehr als die meisten Kolumbianer_innen noch vor wenigen Jahren für möglich gehalten hätten. Aber mit der Demobilisierung der FARC begannen, anstelle staatlicher Institutionen, andere illegale Gruppen wie die ELN-Guerilla oder paramilitärische Vereinigungen in die ehemaligen FARC-Territorien einzudringen und deren Bewohner_innen, deren legale und illegale Ökonomien sowie deren öffentliche Ordnung zu kontrollieren. War die Umsetzung der Vereinbarungen insbesondere hinsichtlich einer Landreform, der Koka-Substitution und der Übergangsjustiz von Anfang an schwierig, so wird sie seit der Wahl des rechtskonservativen Iván Duque zum Präsidenten Kolumbiens im August 2018 massiv verschleppt. Beispielsweise zielten mehrere Gesetzesvorhaben der Regierung Duque darauf ab, die Rechtssprechungskompetenzen der Übergangsjustiz für Militärangehörige sowie zivile Politiker_innen und Unternehmer_innen einzuschränken.

3 Eine einstündige Zusammenfassung der zweiten Vertragsunterschrift ist ebenfalls im Internet zu finden. Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=zarBNkNuCXs>, letzter Zugriff: 17.08.2019.

4 Unregelmäßigkeiten, wie illegale Wahlkampffinanzierungen oder Stimmenkauf und -erpressung, sind in kolumbianischen Kongress- und Präsidentschaftswahlen eine geradezu chronische Begleiterscheinung (Siehe bspw. *El Tiempo* 2014; *El Espectador* 2019b).

Für Institutionen, in deren Verantwortung die Umsetzung zentraler Vereinbarungen liegt, wie bspw. die Landreform oder die Opferentschädigung, ist im nationalen Entwicklungsplan (2018-2022) kein ausreichendes Budget vorgesehen. Anderen staatlichen Programmen, die bspw. mit der Reintegration der ehemaligen Kämpfer_innen oder der Substitution von Koka-Pflanzen beauftragt sind, mangelt es an Ressourcen, technischer Unterstützung und Sicherheitsgarantien. Die Konsequenzen dieser mangelhaften Umsetzung der Friedensvereinbarungen bekommen überwiegend die kleinbäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Bewohner_innen der Konfliktregionen zu spüren. Zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Arbeit haben sich schätzungsweise 30% der demobilisierten Kämpfer_innen wiederbewaffnet, teilweise in dissidenten FARC-Einheiten, aber auch in paramilitärischen Gruppen. Der Umfang der Koka-Anbauflächen erreichte im Jahr 2019 mit 200.000 Hektar historische Höchstmarken. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages kamen zu den sieben Millionen kolumbianischen Binnenvertriebenen auf Grund anhaltender Gewalt 300.000 hinzu. Auf dem Land nehmen Konflikte um die Rückgabe, Legalisierung und Titulierung von Land zwischen eben den marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu, die am meisten unter der politischen Gewalt zu leiden hatten, wie bspw. Vertriebene, Indigene, Afro-Kolumbianer_innen und Kleinbäuer_innen. Ein Indikator für die gezielte Gewalt gegen Befürworter_innen des Friedensprozesses ist die Zahl der getöteten sozialen Aktivist_innen: Zwischen Januar 2016 und Mai 2019 wurden 702 Gemeinde- und Opferführer_innen sowie 135 ehemalige FARC-Kämpfer_innen ermordet (Zu den hier beschriebenen Entwicklungen siehe ICG 2019; Indepaz 2019; Maihold und Wesche 2019; Naucke und Oettler 2018). Den letzten Schlag, dessen Auswirkungen zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Arbeit noch nicht abzusehen waren, erhielt dieser Friedensprozess im August 2019: Vier ehemalige hochrangige Kommandanten der FARC, darunter niemand geringeres als der Chef ihrer Delegation bei den Friedensverhandlungen alias ‚Iván Márquez‘ gaben bekannt – nachdem sie auf Grund zweifelhafter Vorwürfe zunächst juristisch verfolgt wurden und anschließend untergetaucht sind –, dass sie zum bewaffneten Kampf zurückgekehrt seien, was den Friedensgegner Álvaro Uribe Vélez zu einem Frontalangriff gegen den Friedensprozess ermunterte, indem er dazu aufrief den Friedensvertrag aufzukündigen (Vgl. Semana 2019a; 2019b). Im dritten Jahr nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages steht es außer Frage, dass die anfänglichen Befürchtungen der Bevölkerung in den Konfliktregionen Kolumbiens mehr als berechtigt waren.

Die Inszenierungen des Friedenswillens staatlicher Institutionen und der FARC standen also seit der Vertragsunterschrift in einem Widerspruch zu den konkreten Entwicklungen in den Konfliktregionen Kolumbiens. Dies zeigte sich u.a. auch daran, dass sich die Einschätzungen dieses Friedensprozesses und seiner Aussichten seitens vieler Bewohner_innen dieser Regionen sehr stark von denen der meisten internationalen Friedensexpert_innen, Politiker_innen und Medien unterschieden, und das im Grunde bereits vor der Vertragsunterschrift. Obwohl in diesen Konfliktregionen die Mehrheit der Bevölkerung in der Volksabstimmung vom 2. Oktober 2016 für den Friedensvertrag stimmte, also der Wunsch nach Frieden in diesen Regionen zweifellos sehr ausgeprägt war, schien die Bevölkerung den staatlichen Institutionen und der FARC nicht zu ver-

trauen.⁵ Der internationalen Staaten-, Medien- und Expert_innen-Gemeinschaft wiederum genügten augenscheinlich die formalen, symbolischen und performativen Inszenierungen von staatstragenden Prozessen und Ereignissen, wie der Aushandlung eines formalen Friedensvertrages sowie seine offizielle Unterzeichnung und Verabschiedung oder die öffentlichkeitswirksamen Verleihungen von Friedenspreisen, um Hoffnung in den kolumbianischen Friedensprozess zu haben. Nicht wenige von ihnen begegneten den skeptischen Perspektiven kleinbäuerlicher, indigener und afrokolumbianischer Gemeinden in den Konfliktregionen sowie den internationalen Beobachter_innen, die deren Einschätzungen teilten, mit Unverständnis und Ungläubigkeit. Während zweitens gelegentlich zu hören bekamen, einen zu pessimistischen Blick auf diesen Friedensprozess zu haben, wurde von den ersteren häufig implizit erwartet, den staatlichen Institutionen Kolumbiens und ihren Friedensbemühungen mehr Wohlwollen und Vertrauen entgegen zu bringen. Jene nach der Vertragsunterschrift nicht nur innerhalb staatlicher Institutionen Kolumbiens zu vernehmende Position⁶ ignorierte einerseits die regional spezifische und historisch gewachsene Verfasstheit kolumbianischer Staatlichkeit sowie die lebenslangen Erfahrungen marginalisierter Bewohner_innen in den kolumbianischen Konfliktregionen. Andererseits verkannte sie die Momente, entlang derer sich die Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und der Bevölkerung in den Konfliktregionen Kolumbiens entwickeln.

Diese widersprüchlichen Entwicklungen und unterschiedlichen Einschätzungen verweisen auf einen in der staatsanthropologischen Forschung häufig beobachteten und beschriebenen Sachverhalt, und zwar auf den Unterschied bzw. die Dissonanz zwischen der Art und Weise, wie sich staatliche Institutionen repräsentieren und der Art und Weise, wie die Bevölkerung deren Handeln erleben und erfahren (Vgl. bspw. Sharma und Gupta 2006, 19). Während der internationalen Gemeinschaft die performativen Inszenierungen des Friedens scheinbar ausreichten, um Vertrauen in die staatlichen Institutionen Kolumbiens zu haben – welches im Prinzip nicht mehr ist, als ein Vertrauen in die eigene normative Vorstellung, Symbolik und Semantik von Staat und Staatlichkeit, die diese Inszenierungen reproduzieren (Vgl. Taussig 1992; 1997) –, sind für die Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Konfliktregionen und den staatlichen Institutionen Kolumbiens sowohl ihre historischen als auch gegenwärtigen, aber vor allem ihre alltäglichen und konkreten Begegnungen miteinander konstitutiv. In diesen Begegnungen, für die die im Prolog zu dieser Arbeit beschriebene Episode aus dem Dezember 2017 beispielhaft steht, wurde die kleinbäuerliche, indigene und afrokolumbianische Bevölkerung der Konfliktregionen von verschiedenen staatlichen Institutionen viel zu häufig nicht ernst genommen, stigmatisiert, verfolgt und marginalisiert. Wie ich in dieser Arbeit zeigen werde, sind genau diese Begegnungen und Kontakte zwischen staatlichen Institutionen und zivilen, marginalisierten Bewohner_innen in den Konfliktregionen Kolumbiens hochgradig paradox und geben diesen

5 „Dieser Frieden wird uns nicht zugutekommen“ (J.E., 05.06.2017, San José de Apartadó), war nur einer der Kommentare der Bewohner_innen von San José de Apartadó, die während meines Aufenthaltes 2017 zu hören waren.

6 Diese implizite Erwartungshaltung lässt sich bspw. in den Projektbeschreibungen von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit herauslesen (Siehe bspw. Berghof Foundation o.J.; GIZ o.J.; ZFD o.J.).

Bewohner_innen nur wenig Anlass, Vertrauen in den ‚Staat‘ und seine Friedensbemühungen zu haben. Von ihnen einen Vertrauensvorschuss gegenüber den staatlichen Institutionen einzufordern, erscheint vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit dem ‚Staat‘ geradezu naiv.

Das Thema der vorliegenden Arbeit sind die Begegnungen zwischen staatlichen Institutionen und Bewohner_innen einer kolumbianischen Konfliktregion, wobei ich herausarbeiten möchte, a) wie staatlichen Institutionen in dieser Konfliktregion präsent sind und agieren, b) welche Handlungsmöglichkeiten zivile Bewohner_innen in dieser Region haben, und c) wie sich die Begegnungen zwischen diesen staatlichen Institutionen und den Bewohner_innen gestalten sowie welche Effekte und Konsequenzen diese Begegnungen in dem regionalen Kontext eines Gewaltkonfliktes produzieren. Diese Begegnungen interessieren mich nicht nur, weil sie bisher zu wenig thematisiert, beschrieben und analysiert wurden. Sondern sie sind, wie ich zeigen werde, zentral sowohl für das Verständnis der Verfasstheit und der Funktion staatlicher Institutionen in den Konfliktregionen als auch für die Persistenz der politischen Gewalt und der bewaffneten Konflikte in Kolumbien. Des Weiteren entscheiden diese ‚Staat-Bevölkerungs-Beziehungen‘ nicht nur über den Erfolg oder das Scheitern konkreter Politiken, und somit in einer Konfliktregion auch über den Erfolg oder Misserfolg von Friedensmaßnahmen. Vielmehr lassen sich an ihnen die konkreten und empirischen Formen, Praktiken und Bedeutungen von staatlichen Institutionen und staatlichen Praktiken abseits normativer Ideen, eurozentristischer Imaginationen und theoretischer Korsette beschreiben und analysieren. In diesen Begegnungen werden die staatlichen Institutionen außerhalb ihrer eigenen Inszenierungen und Repräsentationen sicht-, greif- und fassbar. Damit bettet sich das Thema dieser Arbeit in dem weiten theoretischen Feld der anthropologischen Staatlichkeitsforschung ein, in dem ich es im folgenden Abschnitt verorten möchte.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht eine marginalisierte kleinbäuerliche Gemeinde, namentlich die im Prolog bereits genannte Friedensgemeinde von San José de Apartadó, und ihre historischen und jüngeren Begegnungen mit unterschiedlichen staatlichen Institutionen in der Konfliktregion Urabá. Unter dem Begriff Konfliktregionen verstehe ich Gebiete, deren Kontrolle von verschiedenen legalen und illegalen bewaffneten Akteuren umkämpft ist, in denen staatliche Institutionen die öffentliche Sicherheit nicht gewährleisten und in denen ein hohes Niveau verschiedener Formen von Gewalt das Zusammenleben bestimmt. Mir geht es in dieser Arbeit nicht darum, einen generalisierenden Befund der ‚Staat-Bevölkerungs-Beziehungen‘ in Kolumbien zu geben. Offensichtlich sind diese Beziehungen vielfältig und komplex und variieren in Abhängigkeit vom räumlichen und zeitlichen Kontext. So gestalten sich Begegnungen zwischen staatlichen Institutionen und Bewohner_innen in bspw. wohlhabenden urbanen Wohnvierteln, touristischen Zentren, ländlichen Regionen und städtischen Marginalvierteln auf sehr unterschiedliche Weise. Allerdings erachte ich die in dieser Arbeit beschriebenen Begegnungen und Kontaktmomente durchaus als exemplarisch und zentral für das Verständnis der Beziehung zwischen staatlichen Institutionen und marginalisierten Bewohner_innen in den Konfliktregionen Kolumbiens.